

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

24 Kandidaten bewerben sich um die 11 Vorstehersitze der Gemeinden

Am Montagabend war Abschluss der Wahlbewerbungen für das Amt der Gemeindevorsteher und die Kandidaturen für den Gemeinderat

(G.M.) - Am 25./27. Januar 1991 finden nach Ablauf der vierjährigen Wahlperiode die Neuwahlen für das Amt des Vorstehers in den elf Gemeinden unseres Landes sowie für den Gemeinderat statt. Am Montagabend um 18 Uhr mussten die Parteien und Wählergruppen ihre Wahlvorschläge bei den Gemeindevertretungen abgeben. Eine Umfrage in den elf Gemeindekanzleien ergab, dass sich vier Parteien und Wählergruppen an den Gemeindevorstellungen beteiligen und dass sich insgesamt 24 Kandidaten um die 11 Vorstehersitze in den Gemeinden bewerben. Auf den Wahllisten stehen total 233 Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um die 106 Gemeinderatssitze bemühen. Die Frauen befinden sich auf Wahllisten erneut deutlich in der Minderheit. Mit Maria Marxer portierte die FDP-Gamprin die einzige Frau für das Vorsteheramt - wenn sie gewählt wird, ist Maria Marxer die erste Frau in Liechtenstein, die das Vorsteheramt ausübt.



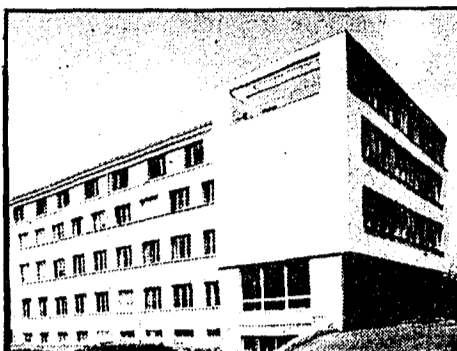
Maria Marxer aus Gamprin ist die einzige und erste Frau, die für das Amt des Vorstehers kandidiert. Durch ihre jahrelange Tätigkeit im Gemeinderat und als Vizevorsteherin hat sie die notwendige Erfahrung zur Übernahme dieses Amtes. Unser Bild zeigt Maria Marxer nach der Nominierung durch die FDP-Ortsgruppe Gamprin, wie sie die Glückwünsche des bisherigen Amtsinhabers Lorenz Hasler entgegennimmt. (Bild: Beat Schurte)

Nachwahl kommen, sofern ein Kandidat bei der ersten Wahl das absolute Mehr nicht erreicht. Das Gemeindegesetz schreibt dazu folgendes vor: «Der Gemeindevorsteher wird im Wege der Urnenwahl mit der absoluten Mehrheit der gültigen Stimmen gewählt. Kommt keine gültige Wahl zustande, hat binnen 14 Tagen unter den gleichen Kandidaten ein neuer Wahlgang stattzufinden, wobei ein Kandidat seine Kandidatur bzw. eine

Wählergruppe mit Zustimmung des Vorgesetzten ihren Wahlvorschlag bis spätestens 10 Tage vor dem neuen Wahlgang schriftlich bei der Wahlkommission zurückziehen kann. Scheidet infolge Todes während dieser Zeit ein Kandidat aus, so kann von der Wählergruppe, die ihn vorgeschlagen hatte, ein neuer Kandidat in Vorschlag gebracht werden.» Vorsteher kann im ersten Wahlgang nur werden, wer das absolute Mehr der

gültig abgegebenen Stimmen erreicht. Im zweiten Wahlgang «genügt die relative Mehrheit», wie es im Gemeindegesetz heisst. Damit wäre im zweiten Wahlgang gewählt, wer am meisten Stimmen aller Kandidaten auf sich vereinigen kann.

Eine etwas andere Auseinandersetzung als bei den letzten Gemeindevorstellungen ist auch im Hinblick auf die Besetzung der Gemeinderatssitze zu erwarten. 1987 konnte die FDP 49,1 Prozent der Parteistimmen in allen Gemeinden erringen, während die VU einen Anteil von 47,3 Prozent erreichte, die Überparteiliche Liste in Vaduz 3,2 Prozent und die Freie Liste in Triesenberg 0,4 Prozent. Bei den Ende Monat stattfindenden Wahlen stehen sich nur in den fünf Unterländer Gemeinden noch die Kandidaten der FDP und der VU gegenüber, wobei beide Parteien in Gamprin mit sechs Kandidaten keine volle Liste präsentieren. Mit Ausnahme von Planken, wo den sechs FDP-Kandidaten nur 2 VU-Kandidaten gegenüberstehen, sind in allen Gemeinden des Wahlkreises Oberland auch andere Listen vertreten. In Vaduz tritt neben FDP und VU auch die Überparteiliche Liste mit 6 Kandidaten auf, in Triesenberg ergab sich eine Listenverbindung von Freier Liste und Überparteilicher Liste mit ebenfalls 6 Kandidaturen, in Balzers kandidierten 3 Vertreter der Freien Liste. In Schaan tritt die Freie Liste mit einem vollen Vorschlag und - wie erwähnt - mit einem Kandidaten für das Vorsteheramt an, während in Triesenberg die Überparteiliche Liste einen Vorsteherkandidaten präsentiert, der gleichzeitig auch auf der Liste der 4 UL-Kandidaten steht.



Baureportage Um- und Erweiterungsbau Gymnasium Vaduz

Diese Ausgabe des VOLKSBLATT enthält eine Baureportage des Um- und Erweiterungsbaus des Gymnasiums Vaduz. Nach rund zweijähriger Bauzeit konnten die Erweiterungsbauten im Schulzentrum Mühleholz im vergangenen Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden.

Das erweiterte Raumprogramm umfasst die Erweiterung der Mensa, der Bibliothek und der Verwaltung im Erdgeschoss, im 1. und 2. Obergeschoss.

Ausserdem wurde eine Erweiterung des Klassentraktes vorgenommen, der Realschule und das Gymnasium enthält. Teilweise werden diese Klassenräume auch durch die Klassen der Ingenieurschule mitbenutzt.

Die Baureportage mit Informationen über den Neubau sowie mit den Inseraten der Unternehmen befindet sich im Innern der heutigen Ausgabe.

Die Regierung hat sich für 1991 viel vorgenommen

Erstes Pressegespräch in diesem Jahr unter dem Zeichen der Kriegsdrohung am Golf

(G.M.) - Die Regierung hat sich für 1991 sehr viel vorgenommen. Dieses Fazit kann nach dem ersten Pressegespräch in diesem Jahr, das am Dienstag stattfand, gezogen werden. Allerdings standen die Ausführungen der fünf Regierungsmitglieder, die über ihre vorgesehenen Arbeiten berichteten, unter dem Eindruck der Spannung im Irak-Konflikt. Eine kriegerische Auseinandersetzung im Golf könnte auch für Liechtenstein Auswirkungen haben und die Regierung die Prioritäten anders setzen lassen.

Die Regierungsmitglieder drückten ihre Hoffnung aus, dass die Auseinandersetzung um Kuwait nicht in einen Krieg ausarten werden, obwohl am Dienstagabend alle Anzeichen auf einen Waffengang hindeuteten. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unterstrich die Bedeutung des Notvorrates für jeden Haushalt, ohne in Panik zu machen oder zu Hamsterkäufen zu animieren. Das Amt für Zivilschutz und Landesvorsorge hat nach seinen Ausführungen entsprechende Schriften bereit, die auf den Umfang und die Zusammensetzung von Notvor-

rat hinweisen. Diese Blätter können jederzeit beim Zivilschutzamt bezogen werden, wo auch Fachleute für Auskünfte zu Verfügung stehen. Wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ausführte, steht die Regierung mit ihren Arbeitsstellen in Kontakt mit schweizerischen Behörden, um im Notfall die entsprechenden Massnahmen anordnen zu können.

Die fünf Regierungsmitglieder gaben, mit den Einschränkungen aufgrund der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage, ihre Vorstellungen für das eben begonnene Jahr und die vorgesehenen Arbeiten bekannt. Regierungschef Hans Brunhart betonte, dass im Bereich der Aussenpolitik die EWR-Verhandlungen im Vordergrund stünden, nachdem sich die Verhandlungspartner das Ziel gesetzt hätten, ihre Arbeiten bis zum Sommer abzuschliessen. Im Ressort Präsidium sollen die Vorarbeiten für die Organisationsstruktur der Regierung weitergeführt und eine mittelfristige Raumplanung für die Landesverwaltung an die Hand genommen werden. Breiten-

Raum soll dem sozialen Wohnungsbau eingeräumt werden, wobei grosse Hoffnungen für das Pilot-Projekt in Balzers bestehen. In Ausarbeitung befindet sich nach den Worten des Regierungschefs auch ein Konzept für die Weiterbildung, der in Zukunft grössere Bedeutung beigemessen werden soll.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille informierte über seine Arbeiten in den Ressorts Inneres, Umwelt, Land- und Forstwirtschaft, Justiz und Sport, Kultur sowie Jugend. Aktualität erhält die Gesetzesvorlage über den Katastrophenschutz, in Überarbeitung befindet sich das Naturschutzgesetz, während verschiedene Gesetzesvorlagen nach ihrer Verabschiedung im letzten Jahr umgesetzt werden sollen. Konkret geht es um das Abfall-Leitbild sowie um das Leitbild für die Landwirtschaft. Im Justizbereich steht die Familienrechtsreform sowie die Vorlage über die Rechtshilfe, Geldwäscherei und Insider-Regelung im Vordergrund.

Wir werden in unseren nächsten Ausgaben ausführlicher über die vorgesehenen Arbeiten in den einzelnen Ressorts berichten.

Verbesserung des Kündigungsschutzes

(paf) - Die Regierung hat den Wirtschaftsverbänden und den interessierten Kreisen den Entwurf für die Abänderung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches betreffend die Verbesserung des Kündigungsschutzes zur Prüfung und Stellungnahme zugestellt. Für die Vernehmlassung, die bis zum 15. März 1991 läuft, können weitere Exemplare des Vernehmlassungsentwurfes beim Ressort Wirtschaft der Regierung bezogen werden.

Diese Revision des Arbeitsgesetzes geht auf eine Eingabe des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes LANV aus dem Jahre 1988 zurück. Der LANV regte darin die Übernahme der zu dieser Zeit noch unter der Referendumsfrist stehenden schweizerischen Revisionsvorlage zu den Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Obligationenrecht an. Dem LANV ging es in erster Linie um eine Verbesserung des Kündigungsschutzes.

Die Hauptpunkte der Revision sind eine Anpassung der Bestimmungen über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses; darunter fallen insbesondere die Bestimmungen über die Probezeit sowie die Bestimmungen über die Auflösung der befristeten Arbeitsverhältnisse wie auch die Vorschriften über die unbefristeten Arbeitsverhältnisse und schliesslich die Einfügung von Bestimmungen über Massenentlassungen. Gleichfalls angepasst wurde die Streitwertsumme für arbeitsvertragliche Verfahren.

Benzin und Diesel fünf Rappen teurer

Zürich (AP) Pünktlich zum Ablauf des Ultimatums für eine friedliche Lösung der Golfkrise steigen die Preise für Benzin und Dieseltreibstoff bei uns um je fünf Rappen pro Liter. Als Hauptgründe für die jüngste Preisrunde gaben Firmensprecher am Dienstag die Golfkrise und höhere Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt an. Der Preisüberwacher nahm am Dienstag keine Stellung zum jüngsten Preisschub und verwies auf die von der Kartellkommission ausgelöste Abschaffung der Referenzpreise.

Im Golfkonflikt stehen alle Zeichen auf Krieg

Keine Stimme der Hoffnung mehr - Französische Initiative im Sicherheitsrat ohne Chancen

Washington/Bagdad (AP) In der Golfkrise stehen jetzt alle Zeichen auf Krieg, obwohl am Dienstag in vielen Teilen der Welt noch Menschen für den Frieden demonstrierten. Wenige Stunden vor Ablauf des vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gestellten Ultimatums für einen Rückzug der Iraker aus dem eroberten Emirat Kuwait war weltweit keine Stimme der Hoffnung mehr zu vernehmen.

Einer letzten französischen Initiative, mit der sich der Sicherheitsrat in New York befassen wollte, wurden keine Chancen eingeräumt. Der Sprecher der US-Regierung, Marlin Fitzwater, sagte in Washington, nach Ablauf des Ultimatums (24.00 Uhr New Yorker Zeit, Mittwoch 06.00 Uhr MEZ) werde Irak «von geborgter Zeit leben». Fitzwater sagte,

von da an müsse «jedermann annehmen, dass zu jedem Zeitpunkt eine militärische Aktion stattfinden kann».

Auch in Irak rüstete man sich nochmals moralisch für den Krieg. Der Dienstag war zum «Tag des Mutes» deklariert worden. Der staatliche Rundfunk berichtete, Millionen Menschen hätten in mehreren Städten an Demonstrationen für Staatschef Saddam Hussein teilgenommen. In der Viermillionen-Hauptstadt Bagdad gingen Hunderttausende Menschen auf die Strasse, um ihrem Führer Treue zu bekunden. Es war die grösste Menschenansammlung seit der Verkündung des Waffenstillstands mit Iran 1988.

Präsident George Bush tagte in Washington mit Geheimdienstern und Si-

cherheitsberatern, nachdem er bei Tagesanbruch allein durchs Parkgelände um das Weisse Haus gegangen war, um sich laut Fitzwater «in Gedanken mit dem Tag zu befassen». Der Sprecher sagte, Bush habe mit den an dem internationalen Truppenaufmarsch am Persischen Golf beteiligten Ländern Konsultationen geführt «und ist bereit, wenn es soweit ist».

Verteidigungsminister Richard Cheney teilte führenden Mitgliedern des Kongresses mit, es stünden jetzt 410 000 amerikanische Soldaten am Persischen Golf. In Kürze soll die Endzahl von 450 000 erreicht sein.

Hintergründe und Berichte zur Golfkrise auf Seite 17.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen!

Schaan-Vaduz

aktuell - frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

LUK

Leben, Unfall, Krankheit. In einer Police.

ZÜRICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein, Josef Selez
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz, Tel. 075/2 43 33